Nr. 479
A 242

Morgen-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 10. Oktober 1928

V

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt" — Sonntag Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau" — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m Ausn. d Handelsteils): Carl Misch. Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff (A 7) 3600—3605 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Amerika-Start verschoben

Wegen ungünstiger Wettermeldungen

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung"

sch **Friedrichshafen**, 9. Oktober

Dr. Eckener hat sich entschlossen, morgen früh nicht zu starten. Die eingelaufenen Wettermeldungen vom Atlantik lauten immer ungünstiger. Teilweise wird sogar Sturm gemeldet, und auch für Friedrichshafen wird, nachdem der heutige Tag noch bei strahlendem Sonnenschein verlief, schlechtes Wetter erwartet.

Das würde bei den primitiven Hallenverhältnissen (der Zeppelin ruht nur etwa einen halben Meter unter dem Hallendach), Schwierigkeiten bei dem Herausbringen verursachen. Auch die Tragfähigkeit wäre bei der augenblicklichen Wetterlage, wie Dr. Eckener ihrem Korrespondenten mitteilte, um etwa 3,2 Tonnen vermindert, was er natürlich vermeiden will.

Da unter Umständen auch zu einer anderen Tageszeit als morgens gestartet wird, ist eine Abfahrt im Laufe des morgigen Tages zwar möglich, aber nicht wahrscheinlich. Jedenfalls sind die Arbeiten, die noch am Schiff vorzunehmen sind und die sonst in der heutigen Nacht ausgeführt worden wären, auf morgen vertagt worden.

Der Minister Grzesinski besichtigte mit seinen Beamten im Laufe des Nachmittags unter Führung von Generaldirektor Colsmann die zum „Zeppelin" gehörenden Dornier-Flugzeugwerke.

Journalistenpflicht und Geheimdiplomatie

Pariser Rechtfertigungsversuche

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

✱ **Paris**, 9. Oktober

Der Fall Horan, des wegen „Indiskretion" aus Frankreich ausgewiesenen Korrespondenten der Hearst-Presse, hat hier eine beträchtliche Aufregung hervorgerufen und löst in allen Pariser Redaktionen starke Tintenströme fließen. Der „Intransigeant" bemüht sich, in einem außergewöhnlich langen Artikel die Ausweisung zu rechtfertigen. Was er aber als Argument dafür ins Feld zu führen weiß, ist alles andere als stichhaltig. Das Blatt erklärt zunächst, die Veröffentlichung des Rundschreibens an sich sei nichts Anstößiges. Das Schreiben sei ein „Loyales Dokument". Man müsse lediglich auf die „Absicht" schauen, in der die Veröffentlichung erfolgt sei.

Horan habe das Dokument nach New York übermittelt, damit es dort unter ungünstigen Bedingungen für Frankreich und mit starker Sensationsmacherei publiziert werde. Horan habe erstens die Unvorsichtigkeit begangen, sich bei seiner durchaus berechtigten Nachrichtensuche nicht zu vergewissern, ob das Dokument gestohlen sei. Er habe aber vor allem zweitens einen unfreundlichen Akt begangen, indem er die Veröffentlichung in einem Frankreich feindlichen Geiste und in Begleitung feindseliger Kommentare vollziehen ließ. Mit Recht habe die französische Regierung geglaubt, sie könne es nicht ohne Strafe hingehen lassen, daß ein in Frankreich Gastfreundschaft genießender ausländischer Journalist die französische Politik durchkreuzen dürfe.

Die Argumentation des „Intransigeant" ist so unmöglich, daß andere ernsthafte Blätter es auch vermeiden, sich auf den Standpunkt zu stellen, daß ein fremder Korrespondent nicht die französische Politik durchkreuzen dürfe. Der „Temps" kommt jedenfalls dem ganzen Problem schon näher, wenn er erklärt, Horan habe insofern eine strafwürdige Unkorrektheit begangen, als er ein offensichtlich geheimes Dokument ohne Erlaubnis veröffentlichte.

Nur der übereifrige „Intransigeant" kann es sich vorstellen, daß ein ausländischer Pressevertreter tatsächlich die Archive des Quai d'Orsay bestehlen könnte.

Die „Liberté" erklärt sogar, Horan habe nur seine Pflicht als Journalist erfüllt, wenn er das geheime Schreiben des Quai d'Orsay veröffentlichte. Es sei seine Aufgabe als Reporter und Informator seines Blattes gewesen, so zu handeln, wie er es getan habe. Er sei also unter keinen Umständen schuldig. Der Schuldige sei vielmehr „jener Beamte in dem Quai d'Orsay, der das geheime Schreiben aus dem Archiv herausgegeben hat, um die Politik des Außenministers zu durchkreuzen". Es sei ein Unsinn, zu behaupten, schreibt das Blatt weiter, daß Horan das Dokument durch Bestechung erhalten habe. So schlecht seien die Archive des Quai d'Orsay nicht bewacht, im Gegenteil, das Dokument sei ihm mit bestimmter Absicht in die Hand gespielt worden.

Erregung in London

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

✱ **London**, 9. Oktober

Die Verhaftung und Ausweisung des Pariser Vertreters der Hearst-Blätter, Horan, hat in der englischen Oeffentlichkeit ungeheures Aufsehen erregt und von neuem die Forderung laut werden lassen, daß der Inhalt des englisch-französischen Flottenkompromisses ohne Aufschub veröffentlicht werden solle.

Der „Star" weist darauf hin, daß die Erklärung des Journalisten Horan, daß ihm das Dokument von Hearst selbst übergeben worden sei, sicherlich nicht dazu beigetragen habe, die Ansicht des Quai d'Orsays zu ändern, daß der Journalist nicht recht gehandelt habe. Es könne jedoch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Veröffentlichung gute Folgen gezeitigt habe, denn ohne diese, auf offiziellen Informationen beruhende Enthüllung wäre die Welt noch immer ohne die nunmehr vorliegende Information über das Dokument, und die Atmosphäre des Argwohns wäre sicherlich noch erhöht worden. Das Blatt übt Kritik daran, daß die englische Oeffentlichkeit noch immer ohne offizielle Informationen über die bereits seit Sonnabend in London vorliegende italienische Antwort sei. Durch die Politik des Stillschweigens habe die englische Regierung Fehler über Fehler begangen und habe dem Weltfrieden einen außerordentlich schlechten Dienst erwiesen. Das einzige, was die Regierung zu ihrer Rehabilitierung tun könne, sei, alle Dokumente über den Pakt zu veröffentlichen und zu erklären, daß der Pakt tot sei, und diejenigen Verhandlungen, zu deren Führung Amerika sich bereiterklärt habe, zu beginnen.

Protest der amerikanischen Journalisten in Paris

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

d **Paris**, 9. Oktober

Das Komitee der Anglo-Amerikanischen Presse-Vereinigung in Paris hielt heute nachmittag eine Sitzung ab, um über die durch die Ausweisung des Korrespondenten der Hearst-Presse geschaffene Lage zu beraten. Der Vorsitzende des Komitees erklärte am Schluß der Konferenz französischen Pressevertretern, es sei der definitive Beweis erbracht worden, daß Horan in der ganzen Angelegenheit nur ehrenhaft gehandelt habe. Es sei dringend zu wünschen, daß bald vollständige Klarheit geschaffen werde.

Das Komitee sandte im Namen der Vereinigung Telegramme an Briand und Poincaré mit der Forderung nach sofortiger neuer Untersuchung des Falles. Es wurde eine Unterkommission gewählt, die sich neuerlich mit der Regierung in Verbindung setzen soll. Die Kommission setzt sich zusammen aus dem Präsidenten Bird, dem Generalsekretär der Vereinigung, Elmer, sowie dem Korrespondenten der „Chicago Tribune" und der Canadian Preß Association. Der amerikanische Geschäftsträger sprach heute beim Quai d'Orsay vor, um sich die notwendigen Aufklärungen zu verschaffen.

Unsere Schultragödie

Von

Wilhelm Paulsen,

Stadtschulrat a. D.

„Der Sekundaner Janssen tot aufgefunden." Und die „Vossische Zeitung" fügt abschließend ihrem Bericht die erschütternde, aber treffende, Feststellung hinzu: „Die Schule muß machtlos dem Berechtigungsunfug zusehen, die ihrem Weten als Erziehungsanstalt völlig fremd ist."

Wer fordert aber diese „Berechtigungen", wer ordnet sie an, und wer will sie? Sind wir es nicht selbst, die die Intellektualisierung der Bildung betreiben, die einer falsch verstandenen „Wissenschaft" den entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung unserer Jugend einräumen, die selbst zittern, unsere Kultur bräche zusammen, wenn sich die Verfassung unserer Schule ändere? Sind nicht wir es, die Politiker aller Parteien in den Parlamenten der Gemeinden, des Reiches und der Länder, die die Wendung unserer Schule hin zum praktischen Leben verhindern, die es versäumen, trotz der Warnungen aller ernsten Vertreter der Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft, an den gründlichen Neuaufbau heranzugehen, um Arbeit und Ziel der Schule mit den wirklichen Bedürfnissen des Lebens in Einklang zu bringen?

Es ist unendlich bequem, auch verantwortungslos, die Schuld an dem Versagen der Schule ihr selbst oder auch der Hochschule, oder der Wirtschaft allein aufzubürden. Gewiß, die Akademien verschärfen die Prüfungsbedingungen, um ihre Niveau zu halten, Verwaltung und Wirtschaft fordern Obersekundareife für mittlere und niedere Dienste. Zu ihrer Entschuldigung aber kann gesagt werden, daß sie sich in einer Zwangslage befinden. Es gibt für sie kein anderes Mittel der Intelligenzauslese. Wir Deutschen sind mit einem gewissen Recht stolz auf die individuelle und mannigfaltige Gestaltung unseres Schulwesens. Wir haben glücklich ein Dutzend und mehr Typen von „höheren Schulen", während beispielsweise Frankreich zwei hat, und auch diese beiden getrennt nur in den charakteristischen Fächern. Aber — und das ist entscheidend —, was nützt der Wirtschaft alle Differenzierung der höheren Schulen, wenn ihr die Schule der berufstätigen Bevölkerung fehlt, wenn ihr die Schule fehlt, aus der sie ihre Handwerker, Techniker, Kaufleute, Architekten und Künstler erhält? Wir sind zu arm an Bildungswegen trotz allen Reichtums in der Schulgliederung. Unsere Begabungen verkümmern, weil ihnen in den vorhandenen Schulen die Betätigungs- und Entwicklungsmöglichkeit fehlen. Man preßt sie in die höheren Schulen, der Tragödie entgegen. Die Schule selbst ist daran ohne Schuld. Die Kritik an ihr ist berechtigt, wenn sie innerhalb ihrer Aufgabe versagt, die höhere Schule gegenüber der wissenschaftlichen Leistung. Nie und nimmer aber kann sie zur Verantwortung gezogen werden, wenn eine praktische, konstruktive oder künstlerische Begabung am Abitur zugrunde geht. Die Begabung fand keine Schule und die Schule keine Begabung. In diesem Zwiespalt steckt das Leid unserer Jugend.

Die höhere Schule begeht den ungeheuerlichen Fehler, als die allgemeine Bildungsanstalt anerkannt werden zu wollen. Aus ihrer eigenen Funktion heraus müßte sie nach Entlastung trachten. An der Ueberspannung ihrer Aufgabe scheitert ihre humanistische und wissenschaftliche Mission. Es gibt nur eine Rettung für sie: Ausbau der Volksschule und damit Neuordnung der mittleren Stufe unseres Schulwesens überhaupt, wie die Ausführungen in der „Vossischen Zeitung" vom 17. 8. 1928 es darlegten.

Ein führender Pädagoge der Schweiz und Leiter eines vorzüglichen Landerziehungsheimes fragte mich bei Gelegenheit eines Besuches unserer fortschrittlichen Schulen: „Warum drängt sich in Deutschland alles zum Abitur?" Die Ueberfüllung der höheren Schule war ihm unerklärlich, er sah in ihr eine Gefährdung der Erziehungs- und Bildungsaufgabe der höheren Schule schlechthin. Meine Antwort konnte nur die sein, daß der Volksschule eine eigene Bildungsaufgabe fehle, daß diese den Anforderungen des wirtschaftlichen Lebens nicht genüge und sie darum ohne jede Wertschätzung in der Oeffentlichkeit sei. Alles wende sich von ihr ab. Die Schweiz ist uns in der Organisation des Schulwesens seit langem voraus. Wer dort durch die Sekundarschule (Mittelstufe) geht, die sich auf der vier- oder sechsjährigen Primarschule (Elementarschule) aufbaut, genießt wie der Gymnasiast oder Industrieschüler (Realschüler) gesellschaftliches Ansehen und volle Anerkennung im öffentlichen Leben. Ihm stehen alle Wege in die Verwaltung und die Wirtschaft offen. Der Bildungsklassengegensatz ist in der demokratischen Schweiz aufgehoben, jedenfalls auf ein erträgliches Maß zurückgeführt.

Unsere jüngst gegründeten Aufbauschulen und Aufbauklassen mildern das bestehende Bildungselend nicht. Sie stellen als neue Form der höheren Schule das Bildungsprogramm der Massenschule ungelöst. Für Kultur- und Schulpolitiker ist ihr soziales Motiv zunächst bestechend. Die